



Wohn- und Betreuungsvertrag

Das **SENIORENHEIM ST. RICHARD**

ist eine Einrichtung der
Katholischen Kirchengemeinde St. Richard
Braunschweiger Straße 18 12055 Berlin.

Der Träger weiß sich in der Führung ihrer Einrichtung der CARITAS der Katholischen Kirche verpflichtet und ist gemeinnützig.

Zwischen der

Katholischen Kirchengemeinde St. Richard
- SENIORENHEIM -

- im folgenden Einrichtung genannt-
vertreten durch den Einrichtungsleiter Herrn Walter Janik

und Frau/Herrn/Eheleute

geb. am

bisher wohnhaft

im folgenden Bewohnerin/Bewohner genannt-

vertreten durch (Bevollmächtigte/r, Betreuerin/ Betreuer)

Name:

Anschrift:

wird mit Wirkung vom folgender unbefristeter Wohn- und
Betreuungsvertrag geschlossen.

Dieser Vertrag wird auf der Grundlage der schriftlichen Informationen geschlossen
(Anlage 1), die vor Vertragsabschluss ausgehändigt wurden. Gegenüber diesem
Informationsstand ergeben sich im Vertrag keine Änderungen.

Die Einrichtung hält sich an die Bestimmungen des Wohn- und
Betreuungsvertragsgesetz (WBVG), dem Wohnteilhabegesetz (WtG) sowie seinen
Verordnungen sowie an die gesetzlichen Vorgaben aus dem Pflegeversicherungsgesetz.

Die Einrichtung ist durch Abschluss des Versorgungsvertrages durch die Pflegekassen
zur Erbringung vollstationärer Pflegeleistungen zugelassen.

Der Inhalt des Versorgungsvertrages nach § 72 SGB XI, die Bestimmungen der Entgeltvereinbarungen nach § 84 SGB XI, die Regelungen des Rahmenvertrages gemäß § 75 Abs. 1 SGB XI sowie des Zehnten Kapitels des SGB XII in der jeweils gültigen Fassung sind verbindlich und bilden die Grundlage des Wohn- und Betreuungsvertrages.

Bei maßgeblichen Veränderungen der Rahmenverträge/ Entgeltvereinbarungen wird die Bewohnerin/ der Bewohner umgehend durch die Einrichtung darüber informiert. Die Verträge/ Vereinbarungen in der jeweils aktuellen Fassung können in der Einrichtung eingesehen werden.

§ 1 Leistungsstruktur

Die Leistungen der Einrichtung erstrecken sich auf die Bereiche:

- Unterkunft (§ 2)
- Verpflegung (§ 3)
- pflegerische Versorgung einschließlich medizinischer Behandlungspflege (§ 4) und
- soziale Betreuung (§ 5)
- sowie den Investitionskosten für die Vorhaltung der Gebäude und sonstiger abschreibungsfähigen Anlagegütern
-

Darüber hinausgehende Leistungen können einvernehmlich zwischen Bewohnerin/ Bewohner und Einrichtung vereinbart werden. Derartige Zusatzleistungen sind kostenpflichtig. Über das Leistungsangebot und den für diese Leistungen zu entrichtenden Preis, ist zwischen Bewohnerin/Bewohner und Einrichtung eine Zusatzvereinbarung als Anlage zum Wohn- und Betreuungsvertrag zu schließen. Der Abschluß einer derartigen Vereinbarung setzt die Zustimmung, der für die Einrichtungsbelange zuständigen Senatsverwaltung und der Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassenverbände in Berlin, verpflichtend voraus. Zurzeit gibt es im Seniorenheim St. Richard keine oben beschriebenen Zusatzleistungen.

§ 2 Leistung Unterkunft

1.) Die Einrichtung bietet der Bewohnerin/dem Bewohner einen Wohnplatz im Zimmer mit der

Raumnummer im Stock

mit ca. m² an.

Dieses Zimmer steht der Bewohnerin/dem Bewohner

- ☐ allein
- ☐ mit einer weiteren Bewohnerin/ einem weiteren Bewohner zur Verfügung.

Zum Zimmer gehört ein Bad mit Waschbecken, Dusche und WC.

Alle Zimmer sind mit Lichtquellen, sowie mit einer Lichtrufanlage (Schwesternruf) versehen. Außerdem sind alle Zimmer mit Kabelanschluß und mit Telefonanschlußmöglichkeit versehen.

2.) Der Bewohnerin/dem Bewohner stehen weiterhin gemeinschaftlich der Raum Nr. 015 für die Lagerung persönlicher Gegenstände in geringem Umfang zur Verfügung.

3.) Die Möglichkeit des Umzuges im Einvernehmen mit der Bewohnerin/dem Bewohner in ein anderes Zimmer der Einrichtung bleibt unberührt.

4.) Sofern die Einrichtung einen entsprechenden Umzug aus wichtigem Grund- insbesondere bei sich veränderndem Pflegebedarf anstrebt, ist der Umzug unter Angaben des Grundes, bei Einhaltung einer Frist von 10 Tagen schriftlich anzukündigen.

Um den Umzug von Seiten des Seniorenheimes St. Richard durchführen zu können ist ein schriftliches Einverständnis von Seiten der Bewohnerin/ des Bewohners oder dessen gesetzlichen Betreuers/Bevollmächtigten notwendig.

Die Einhaltung der Frist und das Einvernehmen entfällt im Falle einer ansteckenden Krankheit.

5.) Die Zimmer sind möbliert. Zum Mobiliar der Einrichtung gehören folgende Dinge:

- ☒ Pflegebett
- ☒ Kleiderschrank
- ☒ Nachttisch
- ☒ Tisch
- ☒ Stuhl
- ☒ Kühlschrank
- ☒ Gardinen und Stores
- ☐ Sessel
- ☐

Die Bewohnerin/ der Bewohner kann in Absprache mit der Einrichtungsleitung in geringem Umfang eigene Möbel zur Ausstattung des ihr/ ihm überlassenen Raumes/ Wohnplatzes mitbringen.

Von der Bewohnerin/vom Bewohner wurden folgende Gegenstände selbst mitgebracht:

.....

.....

.....

6.) Der Bewohnerin/dem Bewohner wurden folgende Schlüssel ausgehändigt:

- ☐ Zimmerschlüssel Nr.
- ☐ Schrankschlüssel Nr.
- ☐ Tresorschlüssel Nr.
- ☐ Hausschlüssel Nr.

Der Verlust von Schlüsseln ist der Leitung bzw. einer Mitarbeiterin in der Verwaltung unmittelbar mitzuteilen. Sie sollten sehr auf Ihre Schlüssel achten, da Sie bei einem schuldhaften Verlust mit erheblichen Kosten der Änderung der Schließanlage belastet werden könnten.

Die der Bewohnerin/ dem Bewohner überlassenen Schlüssel sind bei Beendigung des Wohn- und Betreuungsvertrages der Leitung bzw. den Mitarbeiterinnen der Verwaltung vollständig zurückzugeben.

7.) Zur Leistung der Unterkunft gehören auch die unentgeltliche Mitbenutzung der Gemeinschaftsflächen und der Gemeinschaftsräume (Aufenthaltsräume, Sitzecken, Speisesaal, Kapelle, Dachterrasse, Saal, Grünflächen ...).

Wenn die Bewohnerin/der Bewohner die Gemeinschaftsräume für private Zwecke nutzen will, ist dies nach Absprache mit der Leitung möglich.

Ferner befindet sich auf jeder Etage ein Pflegebad mit Hub- oder Sitzbadewanne.

8.) Zu den weiteren Leistungen der Unterkunft zählen:

- * Heizung
- * Be- und Entwässerung
- * Strom
- * hauswirtschaftliche Verrichtungen
- * Reinigung der Räume, der Fenster und der Gemeinschaftsflächen/- räume
- * Müllentsorgung
- * Wäschedienst

9.) Der Bewohnerin/dem Bewohner ist es nicht gestattet Haustiere mitzubringen. Besuchern der Bewohnerin/ des Bewohners können nach Absprache mit der Leitung Tiere mitbringen.

10.) Die Einrichtung ist verantwortlich für die Raumpflege einschließlich Fensterputzen, Gardinenwäsche und die Reinigung und Instandhaltung der Flachwäsche, der persönlichen Unterwäsche sowie der waschbaren Oberbekleidung.

Bei der Reinigung der Zimmer wird auf die Bedürfnisse und Vorstellungen der Bewohnerin/ des Bewohners so weit wie möglich Rücksicht genommen.

Die Reinigung der Zimmer geschieht werktäglich.

Zu den Leistungen der Hauswirtschaft gehört die unentgeltliche Überlassung von Bettwäsche, Handtüchern und Waschlappen.

Die Wäsche, die die Bewohnerin/ der Bewohner mitbringt muss gekennzeichnet sein. Die erforderlichen Wäschenummern werden durch die Einrichtung unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Die Kennzeichnung der persönlichen Wäsche vor Aufnahme kann von der Einrichtung als sonstige Leistung gegen Entgelt erbracht werden. Die Kennzeichnung der persönlichen Wäsche, die während des Aufenthaltes in unserer Einrichtung dazugekauft wird, gehört zu unseren Regelleistungen.

Die Instandsetzung der hauseigenen Anlagen und Einrichtungsgegenständen in den Zimmern gehört zu den Regelleistungen der Einrichtung. Ebenso die Wartung und Instandsetzung der Gemeinschaftsräume, Funktionsräume sowie der technischen Anlagen.

§ 3 Leistungen der Verpflegung

1.) Die Einrichtung bietet der Bewohnerin/dem Bewohner folgende Mahlzeiten an, die im Entgelt für Verpflegung enthalten sind.

- * Frühstück
- * Mittagessen
- * Nachmittagskaffee
- * Abendessen
- * bei Bedarf Schonkost bzw. Diätkost
- * sowie Zwischenmahlzeiten (zwischen Frühstück und Mittagessen bzw. Abendessen und Frühstück)

Für Sonderkost bzw. für individuelle Speise-, Getränke- oder Diätwünsche, die den Rahmen des Entgeltes für Verpflegung überschreiten, wird ein zusätzliches Entgelt erhoben, das im Bedarfsfall extra verhandelt werden muß.

Das Angebot an Getränken zur Deckung des täglichen Flüssigkeitsbedarfs erstreckt sich auf:

- * Milch**
- * Tee**
- * Kaffee**
- * Mineralwasser**
- * Säfte**
- * Bier, Wein, Sekt (wenn im Speiseplan vorgesehen)**

2.) Die Mahlzeiten werden in der Regel für alle Bewohnerinnen/ Bewohner gemeinsam im Speisesaal bzw. in den Aufenthaltsräumen der Gruppe serviert.

3.) Bei Krankheit oder aufgrund von pflegebedingter Erfordernissen werden die Mahlzeiten im Bedarfsfall, ohne zusätzliches Entgelt, mundgerecht zubereitet und/ oder falls erforderlich, im Zimmer serviert.

§ 4 Leistungen der pflegerische Versorgung

1.) Generell umfaßt die pflegerische Versorgung die Hilfen, die aufgrund der pflegerischen Indikation erforderlich sind. Die Bewohnerin/der Bewohner erhält die im Einzelfall erforderlichen pflegerischen Hilfen zur Unterstützung, zur teilweisen oder vollständigen Übernahme der Aktivitäten im Ablauf des täglichen Lebens oder zur Beaufsichtigung oder Anleitung mit dem Ziel der eigenständigen Übernahme dieser Verrichtungen.

Die Hilfgewährung orientiert sich dabei bindend am vorhandenen Hilfebedarf, der durch die leistungstragende Pflegekasse auf der Basis eines Gutachtens des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen festgelegt ist.

Die Leistungen werden entsprechend dem allgemein anerkannten Stand der medizinisch- pflegerischen Kenntnisse unter Beachtung der Qualitätsvereinbarung nach § 112ff SGB XI erbracht.

Ziel ist es, der Bewohnerin/ dem Bewohner Hilfe zur Erhaltung und Erlangung höchstmöglicher Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu geben und dabei ihre/seine Bedürfnisse und Gewohnheiten zu respektieren.

2.) Bezogen auf die individuelle Bedarfslage gehören dazu insbesondere

- * Hilfen bei der Körperpflege**
- * Hilfen bei der Nahrungsaufnahme**
- * Hilfen bei der Mobilität**
- * Hilfen bei der persönlichen Lebensführung (soziale Betreuung)**

3.) Die Leistungen der allgemeinen Pflege richten sich nach dem individuellen Bedarf der Bewohnerin/des Bewohners, die mit ihr/ihm in der Pflegeplanung vereinbart wird. Die Pflege wird dabei dem jeweiligen Gesundheitszustand der Bewohnerin/ des Bewohners angepaßt.

4.) Die Pflegeplanung wird soweit wie möglich mit der Bewohnerin/dem Bewohner bzw. deren bestelltem Betreuer/ Bevollmächtigten durchgeführt.

Die Pflegeleistungen und die Pflegeplanung werden dokumentiert. Die Pflegedokumentation kann von der Bewohnerin/dem Bewohner oder einer von ihr/ihm benannten Bevollmächtigten eingesehen werden, sowie vom bestellten Betreuer mit dem Aufgabengebiet der Gesundheitsvorsorge.

5.) Bei einem sich veränderten Hilfebedarf unterstützt die Einrichtung die Bewohnerin/den Bewohner bei der notwendigen Ermittlung des neuen konkreten Hilfebedarfs und bei der Information der zuständigen Stellen über diesen Sachverhalt.

6.) Die Verpflichtung zur Erbringung der pflegerischen Leistungen ergibt sich aus den zwischen der Einrichtung und den Leistungsträgern geschlossenen Vereinbarung gemäß SGB XI und SGB XII, in der jeweils gültigen Fassung.

7.) Die pflegerische Versorgung schließt die Behandlungspflege mit ein (siehe Leistungsbeschreibung).

8.) Die Leistungen der medizinischen Behandlungspflege werden unter der Voraussetzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtung erbracht, dass diese vom behandelnden Arzt/ Ärztin angeordnet wurden, schriftlich durch ihn/ sie in der Pflegedokumentation fixiert wurden, die Bewohnerin/der Bewohner in die Maßnahme und deren Durchführung durch entsprechende qualifizierte Mitarbeiter/ Mitarbeiterin der Einrichtung nicht widersprochen hat und der Arzt/ die Ärztin die Leistungen nicht selbst erbringt. Dies bedeutet, daß der behandelnde Arzt/ die behandelnde Ärztin von seiner/ ihrer ärztlichen Schweigepflicht entbunden werden muss.

Hiermit entbinde ich meine mich behandelnden Ärzte von der Schweigepflicht

Berlin, den

9.) Für die-/denjenige/n Bewohnerin/Bewohner, die/der keine Einstufung durch die Pflegekasse hat, richten sich die Leistungen der Pflege nach der Erforderlichkeit.

10.) Die Bewohnerin/ der Bewohner kann Pflegemaßnahmen sowohl der allgemeinen, als auch der Behandlungspflege verweigern. Eine Behandlung gegen den Willen einer einwilligungsfähigen Bewohnerin/ eines einwilligungsfähigen Bewohners wird nicht durchgeführt.

§ 5 Leistungen der soziale Betreuung

Leistungen der sozialen Betreuung dienen der Orientierung, der Gestaltung des persönlichen Alltags, der Bewältigung von Lebenskrisen und die Unterstützung bei persönlichen Angelegenheiten.

Das Leistungsangebot der sozialen Betreuung umfaßt insbesondere:

- * Informationen über sozialhilferechtliche Ansprüche
- * Unterstützung bei der Geltendmachung entsprechender Ansprüche
- * Beratung der Bewohnerin/des Bewohners und/oder deren Angehörige bei einrichtungsspezifischen und kostenspezifischen Fragen
- * Der Bewohnerin/dem Bewohner wird persönliche Beratung angeboten
- * Ebenso bietet die Einrichtung Beratung und Begleitung für Angehörige, Betreuer und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen an
- * Durchführung von Veranstaltungen, kulturellen Angeboten und Gruppenaktivitäten
- * Verwaltung kleinerer Barbeträge
- * Postempfang und Verteilung
- * Seelsorgerische Betreuung durch Gottesdienste, Andachten ...

§ 6 Leistungsentgelte

1.) Die Einrichtung ist berechtigt, für ihre Leistungen der Bewohnerin/dem Bewohner leistungsgerechte Entgelte zu berechnen, die der Einrichtung bei wirtschaftlicher Betriebsführung ermöglichen, den Versorgungsauftrag zu erfüllen.

2.) Die Entgelte für die Leistungen richten sich grundsätzlich nach den Vereinbarungen, die zwischen der Einrichtung und den öffentlichen Leistungsträgern (Pflegekassen, Sozialhilfeträgern) nach den einschlägigen Vorschriften des SGB XI (nach dem Achten Kapitel) und des SGB XII (Zehnte Kapitel) vereinbart sind.

3.) Für die in Paragraph 1-5 aufgeführten Leistungen werden Entgelte erhoben, die in folgende Bestandteile aufgeteilt sind.

- a.) Pflegeleistungen, medizinische Behandlungspflege, soziale Betreuung u. Ausbildungsvergütung
- b.) Unterkunft und Verpflegung
- c.) nicht geförderte Investitionen

4.) Die jeweiligen Kostenbestandteile werden auf ein Tagesentgelt kalkuliert.

Die Entgelte auf Grundlage der Pflegesatzvereinbarung und Vergütungsverträge betragen für oben genannte Kostenbestandteile:

| | |
|---|---------|
| Entgelt für die allgemeine Vergütungsklasse (Pflegestufe 0) | € 35,63 |
| Entgelt für Pflegeleistungen Pflegeklasse/ -stufe I | € 50,89 |
| Entgelt für Pflegeleistungen Pflegeklasse/ -stufe II | € 68,72 |
| Entgelt für Pflegeleistungen Pflegeklasse/ -stufe III | € 81,45 |
| Entgelte für Pflegeleistungen Härtefall | € 91,80 |

In diesen Entgelten ist eine Ausbildungsvergütung von 0,40 € enthalten.

| | |
|-------------------------|---------|
| Entgelt für Unterkunft | € 11,33 |
| Entgelt für Verpflegung | € 5,59 |

| | |
|---|--------|
| nicht vom Land geförderten Investitionen Einzelzimmer | € 6,70 |
|---|--------|

| | |
|--|--------|
| nicht vom Land geförderte Investitionen Doppelzimmer | € 5,82 |
|--|--------|

Frau... wurde mit Bescheid der Pflegekasse in Pflegestufe/ -klasse eingestuft. Daraus ergibt sich ein Gesamttagesentgelt von € bzw. ein durchschnittliches monatliches Entgelt in Höhe von €.....

5.) Bei Leistungsempfängern der Pflegeversicherung wird das Entgelt für Pflegeleistungen bis zur jeweiligen Höchstgrenze unmittelbar mit der Pflegekasse der Bewohnerin/des Bewohners abgerechnet.

Die Leistungen der Pflegekasse betragen monatlich höchstens:

| | |
|---------------|---------|
| Pflegestufe 1 | 1.023€ |
| Pflegestufe 2 | 1.279€ |
| Pflegestufe 3 | € 1.510 |
| Härtefall | € 1.825 |

Für Versicherte der Pflegeversicherung entspricht die Pflegeklasse der von der Pflegekasse festgestellten Pflegestufe der Bewohnerin/ des Bewohners, soweit nicht nach gemeinsamer Beurteilung des Medizinischen Dienstes der Pflegekassen und der Pflegedienstleitung der Einrichtung die Zuordnung zu einer anderen Pflegeklasse notwendig ist. Das Entgelt richtet sich dann nach dem Versorgungsaufwand, den die Bewohnerin/ der Bewohner nach Art und Schwere seiner Pflegebedürftigkeit benötigt.

Aufgrund der festgestellten Pflegestufe der Bewohnerin/ des Bewohners ergibt sich eine mit der Pflegekasse direkt abzurechnende Leistung in Höhe von €.....

6.) Der die Leistungshöchstgrenze der Pflegeversicherung übersteigende Anteil der Entgelte für Pflegeleistungen, Unterkunft und Verpflegung, sowie nicht geförderte Investitionskosten ist von der Bewohnerin, dem Bewohner zu tragen.

Der von der Bewohnerin/ vom Bewohner zu begleichende Teil des Gesamtentgeltes beträgt damit durchschnittlich € im Monat.

Die Entgelte sind monatlich im Voraus bis zum dritten Werktag des Monats auf das

Konto 785 27- 107

Katholische Kirchengemeinde St. Richard - Seniorenheim-

BLZ 100 100 10 Postbank Berlin

zu überweisen.

7.) Bei ergänzendem Bezug von Sozialhilfe werden die vom Sozialhilfeträger zu übernehmenden Entgelte direkt mit diesem abgerechnet. Soweit Leistungen unmittelbar zu Lasten des Sozialhilfeträgers oder eines anderen gesetzlichen Leistungsträgers erbracht werden, wird die Bewohnerin/ der Bewohner unverzüglich unter Mitteilung seines Kostenanteils hierauf hingewiesen.

8.) Für Zeiten der Abwesenheit der Bewohnerin/ des Bewohners erfolgt eine Erstattung ersparter Aufwendungen nach Maßgabe der jeweils gültigen Rahmenvereinbarung nach §75 SGB XI (siehe auch § 9 dieses Vertrages).

§ 7 Entgelterhöhung

1.) Die Einrichtung ist berechtigt, das Entgelt in angemessenem Umfang anzupassen, wenn sich ihre bisherige Berechnungsgrundlage verändert hat und sowohl Erhöhung als auch das erhöhte Entgelt angemessen sind. Gemäß § 7 Abs. 2 Sätze 2 und 3 WBVG ist das mit den Pflegekassen und den Sozialhilfeträgern jeweils vereinbarte Entgelt als angemessen anzusehen. Entgelterhöhungen aufgrund von Investitionsaufwendungen der Einrichtung sind nur zulässig, soweit sie betriebsnotwendig sind und nicht durch öffentliche Förderung gedeckt werden.

2.) Die Einrichtung ist berechtigt bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 1, das Entgelt durch einseitige Erklärung zu erhöhen.

3.) Die Erhöhung des Entgeltes wird nur wirksam, wenn sie von der Einrichtung der Bewohnerin/ dem Bewohner bzw. Bevollmächtigten gegenüber spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, an dem sie wirksam werden soll, schriftlich geltend gemacht wurde, und die Begründung anhand der Leistungsbeschreibung und der Entgeltbestandteile des Wohn- und Betreuungsvertrages unter Angabe des Umlagemaßstabes die Position beschreibt, für die sich nach Abschluss des Wohn- und Betreuungsvertrages Kostensteigerungen ergeben. Die Begründung muss die vorgesehenen Änderungen darstellen und sowohl die bisherigen Entgeltbestandteile als auch die vorgesehenen neuen Entgeltbestandteile enthalten.

Die Bewohnerin/ der Bewohner sowie der Bewohnerbeirat/ Bewohnerfürsprecher erhält Gelegenheit, die Angaben der Einrichtung durch Einsichtnahme in die Kalkulationsunterlagen zu prüfen.

4.) Bei Leistungsempfängern der Pflegeversicherung wird eine Erhöhung des Entgeltes nur wirksam, wenn sie den Regelungen der Pflegeversicherung entspricht.

5.) Bei Bewohnerinnen, Bewohnern, denen ergänzende Hilfe durch den Träger der Sozialhilfe gewährt wird, wird eine Erhöhung nur wirksam, soweit das erhöhte Entgelt den Vereinbarungen nach Sozialgesetzbuch (SGB XII) entspricht.

§ 8 Anpassung der Leistungen

1.) Die Einrichtung passt ihre Leistungen, soweit ihr dies möglich ist, einem erhöhtem oder verringerten Pflegebedarf der Bewohnerin/ des Bewohners an. Soweit hierzu Änderungen des Wohn- und Betreuungsvertrages erforderlich sind, bietet sie diese der Bewohnerin/ dem Bewohner an. Sowohl die Einrichtung als auch die Bewohnerin/ der Bewohner können die erforderliche Änderung verlangen.

Die Einrichtung ist berechtigt die Entgelte durch einseitige Erklärung in angemessenem Umfang entsprechend den angepassten Leistungen zu senken oder zu erhöhen.

2.) Die Einrichtung hat bei ihrem Änderungsangebot die erforderlichen Änderungen der Art, des Inhalts und des Umfangs der Leistungen sowie der Entgelte darzustellen.

3.) Bestehen bei der Bewohnerin/ dem Bewohner Anhaltspunkte dafür, dass sie/ er auf Grund der Entwicklung ihres/ seines Zustandes in eine Pflegestufe eingestuft werden bzw. einer höheren Pflegestufe zuzuordnen ist, so ist sie/ er auf schriftliche Aufforderung der Einrichtung verpflichtet, bei ihrer/ seiner Pflegekasse die Zuordnung zu einer höheren Pflegestufe zu beantragen.

Die Aufforderung ist zu begründen und auch der Pflegekasse sowie bei Sozialhilfeempfängern dem zuständigen Sozialhilfeträger zuzuleiten.

Weigert sich die Bewohnerin/ der Bewohner, den Antrag zu stellen, kann die Einrichtung ab dem ersten Tag des zweiten Monats nach der Aufforderung vorläufig den Pflegesatz nach der nächst höheren Pflegeklasse berechnen. Werden die Voraussetzungen für eine höhere Pflegestufe vom Medizinischen Dienst nicht bestätigt und lehnt die Pflegekasse eine Höherstufung deshalb ab, hat die Einrichtung der Bewohnerin/ dem Bewohner den überzahlten Betrag unverzüglich zurückzuzahlen; der Rückzahlungsbetrag ist mit fünf vom Hundert zu verzinsen.

4.) Bei Bewohnern, die keine Leistungen der Pflegeversicherung erhalten, wird das verhandelte Entgelt der allgemeinen Vergütungsklasse zugrunde gelegt.

§ 9 Vorübergehende Abwesenheit des Bewohners

1.) Regelungen für die Fortentrichtung des Entgelts bei Abwesenheit (Freihaltegeld) ergeben sich aus den Vereinbarungen zwischen der Einrichtung und den jeweiligen Kostenträgern. Derartige Regelungen sind in den Vereinbarungen zwischen Einrichtung und Kostenträger, gemäß § 75 SGB XI enthalten und sind Bestandteil des Wohn- und Betreuungsvertrages.

2.) Bei vorübergehender Abwesenheit bis zu drei Tagen ist das volle Entgelt weiterzuzahlen.

3.) Bei vorübergehender Abwesenheit von mehr als drei Tagen wird ab dem vierten Abwesenheitstag Freihaltegeld berechnet, wenn der Wohnplatz während dieses Zeitraumes freigehalten wird.

4.) Das Freihaltegeld umfasst 75% der vereinbarten Pflegevergütung der Entgelte für Unterkunft und Verpflegung. Darüber hinaus sind die Ausbildungsvergütung und die Investitionskosten weiter zu entrichten.

5.) Freihaltegeld ist bei vorübergehender Abwesenheit von der Einrichtung für einen Abwesenheitszeitraum von bis zu 42 Tagen im Kalenderjahr zu zahlen.

Darüber hinaus verlängert sich der Abwesenheitszeitraum in dem Freihaltegeld gezahlt wird, bei Krankenhausaufenthalt und Aufhalten in Rehabilitationseinrichtungen für die Dauer dieser Aufenthalte.

6.) Der Tag, an dem die Pflegeeinrichtung vorübergehend verlassen wird, gilt als Abwesenheitstag. Der Tag, an dem die Bewohnerin/ der Bewohner zurückkehrt, gilt als Anwesenheitstag.

§ 10 Haftung

1.) Die Einrichtung haftet der Bewohnerin/ dem Bewohner gegenüber für die ordnungsgemäße Beschaffenheit des Gebäudes und der Ausstattung sowie für die ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag.

2.) Die Bewohnerin/ der Bewohner wird auf die großen Risiken bei der Einbringung von Wertsachen hingewiesen. Für Schäden und Verluste an derartigen Gegenständen haftet die Einrichtung nicht.

3.) Im Übrigen richtet sich die Haftung nach den gesetzlichen Bestimmungen.

4.) Die Bewohnerin/ der Bewohner und die Einrichtung haften einander für Sachschäden sowie Verlust von eingebrachten Sachen nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

5.) Die Einrichtung hat für alle seine Bewohnerinnen/Bewohner eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Die Kosten der Haftpflichtversicherung sind Bestandteil des Entgeltes.

§ 11 Betreten der Räume

1.) Bei dem von der Bewohnerin/ dem Bewohner überlassenen Räume handelt es sich um deren/ dessen Privatsphäre, die es zu schützen gilt.

2.) Zur Erfüllung der vertraglichen Pflichten ist den Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern oder sonstiger Beauftragten allerdings das Betreten dem der Bewohnerin/ dem Bewohner überlassenen Raumes zu gewähren.

3.) Die Einrichtung oder ein von ihm Beauftragter ist berechtigt, nach kurzfristiger Voranmeldung die der Bewohnerin/dem Bewohner überlassenen Raum zu betreten, um ihren Zustand zu besichtigen.

4.) Das Recht der Einrichtung zum Betreten der Räume ohne Voranmeldung besteht bei Gefahr im Verzuge.

5.) Die Einrichtung darf Ausbesserungen im Rahmen der Erhaltung und baulichen Veränderungen innerhalb des Zimmers ohne die Zustimmung, jedoch in Absprache (Zeitpunkt) der Bewohnerin/ des Bewohners vornehmen, wenn diese erforderlich sind.

Die Bewohnerin/ der Bewohner gestattet für diesen Fall das Betreten ihrer/ seiner Räume.

§ 12 Vertragsdauer

1.) Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

2.) Das Vertragsverhältnis endet

- durch Kündigung
- durch Tod der Bewohnerin/des Bewohners

3.) Gemäß § 4 Abs.3 Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG) endet das Vertragsverhältnis mit dem Tod der Bewohnerin/ des Bewohners.

4.) Die Bewohnerin/der Bewohner teilt der Einrichtung schriftlich mit, wer im Falle des Todes zu benachrichtigen ist und wem- unbeschadet der Erbfolge (§1928 BGB) die eingebrachten Sachen, einschließlich Wertgegenstände und Bargeld, sowie gegebenenfalls überzahltes Entgelt ausgehändigt werden sollen.

Die Bewohnerin/ der Bewohner weist hiermit die Einrichtung an, im Falle ihres/ seines Todes

Herrn/ Frau

.....

.....

zu benachrichtigen, und die persönlichen Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände, sowie das Verwahrgeld und überzahltes Entgelt,

Herrn/ Frau

.....

.....

oder im Verhinderungsfall

Herrn/Frau

.....

.....

auszuhändigen. Eine letztwillige Verfügung über diese Gegenstände bleibt durch die hier erteilten Anweisungen unberührt.

Hiermit erkläre ich mich bereit, die oben aufgeführten Sachen und in Empfang zu nehmen:

Berlin, den

5.) Im Falle der Beendigung des Vertragsverhältnisses ist das Zimmer/ der Wohnplatz unverzüglich zu räumen. Die Einrichtung ist berechtigt, die Räumung vorzunehmen, und die eingebrachten Sachen auf Kosten der Erben einzulagern.

6.) Von der Einrichtung überlassene Gegenstände sind bei der Beendigung des Vertragsverhältnisses der Leitung auszuhändigen.

§ 13 Kündigung durch die Bewohnerin/ den Bewohner

Die Bewohnerin/der Bewohner kann den Wohn- und Betreuungsvertrag spätestens am dritten Werktag eines Kalendermonats für den Ablauf desselben Monats schriftlich kündigen.

Aus wichtigem Grund kann die Bewohnerin/der Bewohner ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn ihr/ihm die Fortsetzung des Wohn- und Betreuungsvertrages bis zum Ablauf der Kündigungsfrist nicht zuzumuten ist.

Hat in dem Fall des Absatzes 2 die Einrichtung den Kündigungsgrund zu vertreten, hat sie der Bewohnerin/ dem Bewohner eine angemessene Unterkunft und Betreuung unter zumutbaren Bedingungen nachzuweisen und ist zum Ersatz der Umzugskosten in angemessenem Umfang verpflichtet. Die Bewohnerin/ der Bewohner kann den Nachweis einer angemessenen anderweitigen Unterkunft und Betreuung auch dann verlangen, wenn sie/ er noch nicht gekündigt hat.

§ 14 Kündigung durch die Einrichtung

1.) Die Einrichtung kann den Wohn- und Betreuungsvertrag nur aus wichtigem Grund kündigen.

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn:

- a.) der Betrieb der Einrichtung eingestellt, wesentlich eingeschränkt oder in seiner Art verändert wird und die Fortsetzung des Wohn- und Betreuungsvertrages eine unzumutbare Härte bedeuten würde,
- b.) der Gesundheitszustand der Bewohnerin/des Bewohners sich so verändert hat, dass seine fachgerechte Betreuung in der Einrichtung nicht mehr möglich ist, weil
 - 1.) die Bewohnerin/ der Bewohner eine von der Einrichtung angebotene notwendige Anpassung der Leistungen an veränderte Pflege- oder Betreuungsbedarfe nicht annimmt oder
 - 2.) die Anpassung der Leistungen nach der gesonderten Vereinbarung gemäß § 8 Absatz 4 WBVG ausgeschlossen ist (siehe hierzu die Angaben in Anlage 1)
- c.) die Bewohnerin/der Bewohner ihre/seine vertraglichen Pflichten schuldhaft so gröblich verletzt, dass der Einrichtung die Fortsetzung des Wohn- und Betreuungsvertrages nicht mehr zugemutet werden kann oder
- d.) die Bewohnerin/der Bewohner

* für zwei aufeinanderfolgende Termine mit der Entrichtung des Entgeltes oder eines Teils des Entgelts, der das Gesamtentgelt für einen Monat übersteigt, im Verzug ist, oder

* in einem Zeitraum, der sich über mehr als zwei Termine erstreckt mit der Entrichtung des Entgelts in Höhe eines Betrages in Verzug ist, der das Entgelt für zwei Monate erreicht.

2.) Die Kündigung durch die Einrichtung bedarf der Schriftform und ist zu begründen.

3.) In den Fällen des Absatzes 1b.) bis d.) kann die Einrichtung den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist kündigen, in den übrigen Fällen des Absatzes 1 ist die Kündigung

spätestens am 3. Werktag eines Kalendermonats für den Ablauf des nächsten Monat zulässig.

Hat die Einrichtung nach Absatz 1 Ziffer a.) oder b.) gekündigt, so hat sie der Bewohnerin/dem Bewohner einen angemessenen anderweitigen Platz nachzuweisen. Im Falle der Kündigung nach Absatz 1a.), hat die Einrichtung die Kosten des Umzuges in angemessenem Umfang zu tragen.

4.) In den Fällen des Absatzes 1d.) ist die Kündigung ausgeschlossen, wenn die Einrichtung vorher befriedigt wird. Sie wird unwirksam, wenn bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Eintritt der Rechtshängigkeit des Räumungsanspruchs hinsichtlich des fälligen Entgeltes die Einrichtung befriedigt wird oder eine öffentliche Stelle sich zur Befriedigung verpflichtet.

5.) Die Inanspruchnahme der Zusatzleistungen ist durch die Bewohnerin/ den Bewohner frei wählbar. Zusatzleistungen können durch die Bewohnerin/ den Bewohner ohne Angabe von Gründen jederzeit gekündigt werden. Bis zum Zugang der Kündigung der Einrichtung entstandene Aufwendungen sind durch die Bewohnerin/ den Bewohner zu erstatten.

§ 15 Beschwerderecht

1.) Die Bewohnerin/der Bewohner hat das Recht, sich bei der Leitung der Einrichtung beraten zu lassen sowie sich über Mängel bei der Erbringung der im Wohn- und Betreuungsvertrag vorgesehenen Leistungen zu beschweren.

2.) Die Einrichtung ist verpflichtet binnen einer Woche eine schriftliche Antwort auf die Beschwerde zu geben.

3.) Darüber hinaus hat die Bewohnerin/ der Bewohner die Möglichkeit sich bei weiteren Stellen beraten zu lassen sowie sich über Mängel bei der Erbringung der im Wohn- und Betreuungsvertrag vorgesehenen Leistungen zu beschweren. Eine Auflistung dieser Stellen finden Sie als Anlage zum Wohn- und Betreuungsvertrag.

4.) Die Bewohnerin/der Bewohner hat das Recht, über die Ergebnisse der internen und externen Qualitätssicherung informiert zu werden.

5.) Erbringt die Einrichtung die vertraglichen Leistungen ganz oder teilweise nicht oder weisen sie nicht unerhebliche Mängel auf, kann die Bewohnerin/ der Bewohner eine angemessene Kürzung des vereinbarten Entgeltes verlangen. Dies gilt nicht, soweit nach

§ 115 Abs.3 des SGB XI wegen desselben Sachverhaltes ein Kürzungsbetrag vereinbart oder festgesetzt worden ist.

Bei Bewohnerinnen/ Bewohnern, denen ergänzende Sozialhilfe gewährt wird steht der Kürzungsbetrag bis zur Höhe der erbrachten Leistungen vorrangig dem Träger der Sozialhilfe zu. Versicherten der Pflegeversicherung steht der Kürzungsbetrag bis zur Höhe ihres Eigenanteils am Entgelt zu; ein überschüssiger Betrag ist an die Pflegekasse zu zahlen.

§ 16 Datenschutz/Schweigepflicht

Es werden in der Versorgung der Bewohnerinnen/ Bewohner durch unsere Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter zahlreiche Daten erhoben. Die genauen Bestimmungen sind der Anlage 3 Datenschutzerklärung zu entnehmen.

§ 17 Schlussbestimmungen

1.) Eine etwaige Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages berührt die Rechtswirksamkeit im Übrigen nicht.

2.) Die in diesem Vertrag genannten Anlagen (Leistungsbeschreibung/ Beratungswege) sind Bestandteil des Vertrages und werden der Bewohnerin/dem Bewohner ausgehändigt.

Darüber hinaus können Entgeltvereinbarung und Rahmenverträge auf Wunsch bei der Leitung/ Verwaltung eingesehen werden.

3.) Die Bewohnerin/ der Bewohner kann Rechte aus diesem Vertrag nicht auf Dritte übertragen.

12055 Berlin, den

Stempel

Bewohner/in bzw. Betreuer

für die Einrichtung

| | |
|-------|-------|
| ----- | ----- |
|-------|-------|

Die Bewohnerin/ der Bewohner oder sein gesetzlicher Vertreter/ Bevollmächtigter bestätigt, dass sie/ er vor Abschluss des Wohn- und Betreuungsvertrages schriftlich und mündlich über den Vertragsinhalt, insbesondere die Leistungen und die Ausstattung des Seniorenheimes St. Richard, über die Rechte und Pflichten der Bewohnerin/ des Bewohners, sowie über sein Beschwerderecht informiert worden ist, und sie/ er eine schriftliche Ausfertigung des Wohn- und Betreuungsvertrages einschließlich der Anlagen erhalten hat.

Anlagen sind:

- Informationsblatt nach § 3 WBVG (Anlage 1)
- Leistungsbeschreibung (Anlage 2)
- Datenschutzerklärung (Anlage 3)
- Information über zusätzliche Betreuungsangebote (Anlage 4)
- Beratungs- und Beschwerdeadressen (Anlage 5)
- Einverständniserklärung Fotorechte (Anlage 6)
-

Ebenso ist sie/er auf die Möglichkeit späterer Leistungs- und Entgeltveränderungen hingewiesen worden (§8 und §9 Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz).

| |
|-------|
| ----- |
|-------|